

LEADER

Antrag auf Bewilligung einer Zuwendung

Bezirksregierung

Eingangsstempel

über
die Geschäftsstelle der Lokalen Aktionsgruppe

1. Antragsteller/in

Name: _____

Anschrift: _____
(Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)

Geschlecht:

- weiblich
 männlich
 divers (non-binär)
 ohne Angabe

Rechtsform: _____

Vertretungsberechtigte/r: _____
(Die Vertretungsberechtigung ist nachzuweisen, siehe 9. Anlagen)

Ansprechpartner/in: _____

Telefon: _____

Telefax: _____

E-Mail: _____

Von der Landwirtschaftskammer NRW vergebene Unternehmensnummer: _____

Weitere Angaben: (zutreffendes bitte ankreuzen)

- Privatperson
- Einzelunternehmen
- Sonstiges Unternehmen
- Öffentliche Verwaltung
 - Gemeinde
 - Kreis
 - Andere öffentliche Einrichtung
- Vertreterin oder Vertreter privater lokaler Wirtschaftsinteressen
(Wirtschaftsverbände, Handelskammer o.ä.)
- Vertreterin oder Vertreter sozialer lokaler Interessen (bspw. NGO)
- Forschungseinrichtungen
- gemeinsamer Antrag mehrerer Arten von Projektträger/innen
- Lokale Aktionsgruppe (LAG)
- Sonstige juristische Person
- Kirche
- Eingetragener Verein gemeinnützig? ja nein

Ich bin/Wir sind vorsteuerabzugsberechtigt?

- Ja Nein (Bescheinigung des Finanzamtes ist beigelegt)

2. Gegenstand der Förderung

2.1 Name der Maßnahme: _____

2.2 Die Maßnahme dient der Umsetzung der Regionalen Entwicklungsstrategie (RES):

Bezug zur RES (Entwicklungsziel / Handlungsfeld usw.):

2.3 Für folgenden Bereich wird eine Zuwendung beantragt:

- 2.3.1** **Maßnahme zur Umsetzung der regionalen Entwicklungsstrategie (Ziffer 2.2 der LEADER-Richtlinie)**
- Förderung der ländlichen Entwicklung
 - Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze
 - Sicherung oder Verbesserung der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen
 - Stärkung der Selbstorganisation bei der Förderung der lokalen Entwicklung der Regionen
 - Identitätsstärkung, kulturelles und natürliches Erbe, Entwicklung von Dorf- und Ortskernen
 - Unterstützung des Ehrenamts und bürgerschaftlichen Engagements

- Gleichstellung aller Geschlechter und sozialen Gruppen
- Steigerung der Kooperations-, Service- und Innovationskultur im Tourismus

2.3.2 Sonstige Vorhaben entsprechend der Maßnahmen 1.0, 3.0, 4.0, 7.0 sowie 8.0¹ des Förderbereichs Integrierte ländliche Entwicklung (ILE) (Ziffer 2.3 der LEADER-Richtlinie)

(Bei Maßnahmen nach Ziffer 2.3 der LEADER-Richtlinie ist ergänzend zur Vervollständigung der LEADER-Antragsangaben der Antrag der einschlägigen Förderrichtlinie beizufügen.)

2.3.3 Kooperationsprojekt (Ziffer 2.4 der LEADER-Richtlinie)

- Anbahnung (Ziffer 2.4.1)
- Gebietsübergreifendes Projekt (Ziffer 2.4.2)
- Transnationales Projekt (Ziffer 2.4.3)

Vorgesehener Projektpartner/in: _____

(Genauere Anschrift, Namen des Bundeslandes, des Mitgliedstaates, des Drittlandes)

2.4 Beschreibung der Maßnahme:

- Maßnahmeort (Objektadresse / Nur bei investiven Projekten)

- Anlass der Maßnahme

- Zielsetzungen der Maßnahme

- Zielgruppe der Maßnahme

- Synergieeffekte mit anderen Maßnahmen

- Vorgesehene Maßnahmen zur Information und Publizität

- Nachhaltigkeit

- Die Maßnahme ist im lokalen Kontext innovativ.
- Kurzbeschreibung der Maßnahme

¹ 1.0 Planungsinstrumente der ländlichen Entwicklung
3.0 Dorfentwicklung
4.0 Dem ländlichen Charakter angepasste Infrastrukturmaßnahmen
7.0 Kleinunternehmen der Grundversorgung
8.0 Einrichtungen für lokale Basisdienstleistungen

2.5 Die Maßnahme (Mehrfachauswahl möglich):

- bezieht sich auf den Wissenstransfer, einschließlich Beratung, Schulung und Wissensaustausch über nachhaltige, wirtschaftliche, soziale, ökologische und klimafreundliche Leistungen
- steht im Zusammenhang mit Erzeugerorganisationen, lokalen Märkten, kurzen Lieferketten und Qualitätsregelungen, einschließlich Investitionsförderung, Marketingaktivitäten usw.
- steht im Zusammenhang mit den Produktionskapazitäten für erneuerbare Energien, einschließlich biobasierter Energien
- trägt zur ökologischen Nachhaltigkeit und zur Erreichung von Klimaschutz- und Klimaanpassungszielen in ländlichen Gebieten bei
- schafft Arbeitsplätze; geplante Schaffung von _____ Arbeitsplätzen
geplante Erhaltung von _____ Arbeitsplätzen
(jeweils als Vollzeitäquivalent²)
- unterstützt ländliche Unternehmen, einschließlich der Bioökonomie
- steht im Zusammenhang mit Strategien für intelligente Dörfer
- verbessert den Zugang zu Dienstleistungen und Infrastruktur, einschließlich Breitband
- ist dem Bereich der sozialen Eingliederung zuzuordnen
- fällt unter eine hier nicht angeführte Kategorie

3. Durchführungszeitraum

Geplanter Durchführungszeitraum von _____ bis _____.

Wichtiger Hinweis: Mit der Ausführung der Maßnahme (z.B. Abschluss von Lieferungs- und Leistungsverträgen) darf nicht vor Bewilligung durch die Bezirksregierung begonnen werden.

Über eventuelle Ausnahmen vom Verbot des vorzeitigen Maßnahmenbeginns entscheidet die Bewilligungsstelle. Ein entsprechender Antrag ist separat zum Maßnahmeantrag zu stellen.

4. Kostenplan

Zum Nachweis der folgenden Angaben sind dem Antrag detaillierte Kostenaufstellungen, Kostenberechnungen oder Angebote der einzelnen Maßnahmebestandteile beizufügen.

² Vollzeitäquivalente (VZA): Es handelt sich hierbei um „Erwerbstätige in Vollzeitbeschäftigten-Einheiten“
Vollzeit-Beschäftigte = 1,0; Halbtags-Beschäftigte = 0,5; Saisonal Beschäftigte müssen auf ein Jahr umgerechnet werden; Mini-Jobber = 0,3; Erfasst werden auch befristete Stellen, die mind. 1 Jahr laufen.

Maßnahmebestandteile	20	20	20	20	Gesamt
Fiktive Ausgaben in Form von freiwilligen unentgeltlichen Arbeitsleistungen gem. Ziffer 5.4.8 der LEADER-Richtlinie					
Insgesamt					

5. Einnahmen

Werden durch die Maßnahme Einnahmen innerhalb des Durchführungszeitraums erzielt? Ja Nein

Wenn ja, welche? _____
(Beschreibung)

Erwartete Höhe der Einnahmen während des Durchführungszeitraums: _____

6. Finanzierungsplan

	Betrag in €
Gesamtausgaben der Maßnahme (brutto)	
abzgl. nicht zuwendungsfähiger Ausgaben	
abzgl. Nettoeinnahmen <small>(sofern sie innerhalb des Durchführungszeitraums anfallen, die zuwendungsfähigen Gesamtausgaben > 50.000 € sind und/oder es sich nicht um eine De-minimis-Beihilfe handelt)</small>	
zuwendungsfähige Ausgaben	
Beantragter Fördersatz (in %)	
LEADER-Zuwendung	

Eigenanteil	
Bewilligte / Beantragte öffentliche Förderung durch _____	
Sonstige Finanzierungsanteile (z.B. zweckgebundene Spenden)	

Aufteilung der Ausgaben und Finanzierung der Maßnahme auf mehrere Jahre:

	20	20	20	20	Gesamt
LEADER-Zuwendung					
Eigenanteil					
Bewilligte / Beantragte öffentliche Förderung durch _____					
Sonstige Finanzierungsanteile (z.B. zweckgebundene Spenden)					
Zuwendungsfähige Gesamtausgaben					

7. Erklärungen

- 7.1 Ich bin/Wir sind Eigentümerin oder Eigentümer des zu fördernden Objekts/Grundstücks (soweit zutreffend)
- Ja
- Nein (In diesem Fall ist eine Zustimmungserklärung des Eigentümers bzw. ein Nachweis über das Nutzungsrecht für die Dauer der Zweckbindung vorzulegen.)
- 7.2 Ich/Wir versichere/n die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben und beigefügten Unterlagen.
- 7.3 Ich/Wir bestätige/n, dass die Maßnahme nicht aus weiteren EU-kofinanzierten Förderprogrammen unterstützt wird.
- 7.4 Ich/Wir erkläre/n, dass vor Bewilligung des Antrags oder Genehmigung eines vorzeitigen Maßnahmenbeginns durch die Bezirksregierung nicht mit der zu fördernden Maßnahme begonnen wird.

- 7.5 Ich/Wir erkläre/n, dass, Daten für die Evaluation der Projekte sowie des Gesamtprogramms vorgehalten und abgefragt werden können.
- 7.6 Ich/Wir versichere/n, dass in den letzten 5 Jahren gegen mich keine Geldbuße von wenigstens 2.500 € nach § 404 Abs. 2 Nr. 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch rechtskräftig verhängt wurde oder ich/wir nach den §§ 10, 10a oder 11 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen rechtskräftig verurteilt wurde.
- 7.7 Mir/Uns ist bekannt, dass Vorhaben, die aus Mitteln anderer öffentlicher Förderprogramme gefördert werden, ggf. nicht gleichzeitig nach diesen Grundsätzen gefördert werden dürfen und insoweit eine entsprechende Mitteilungspflicht besteht. Hierzu gehören u.a. auch zinsverbilligte Darlehen NRW.BANK, Investitionszuschüsse und Steuerermäßigungen nach § 35a EStG.

8. Datenschutz Kontrolle

- 8.1 Mir/Uns ist bekannt, dass die zur Antragsberechtigung und zum Verwendungszweck angegebenen Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch in Verbindung mit § 1 des Landessubventionsgesetzes vom 24. März 1977 GV.NRW. S. 136/SGV. NW 74) und dem Subventionsgesetz vom 29. Juli 1976 (BGBl. I, S.2037) sind.
- 8.2 Mir/Uns ist bekannt, dass nach EU-Recht im Interesse einer verbesserten Transparenz über alle gewährten Zuwendungen mindestens einmal jährlich ein Verzeichnis zu veröffentlichen ist, welches Auskunft gibt über die einzelnen Begünstigten, die geförderten Vorhaben bzw. Maßnahmen, für die die Zuwendungen gewährt wurden, sowie die Höhe der jeweils bereitgestellten öffentlichen Mittel.
- 8.3 Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass meine/unsere Daten zur Förderung (z.B. Namen und Adresse, Bezeichnung des Vorhabens, Höhe der Zuwendung) gemäß Kapitel IV der Verordnung (EU) Nr. 2021/2116 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 02. Dezember 2021 über die Finanzierung, die Verwaltung und Überwachung der Gemeinsamen Agrarpolitik in das zu veröffentliche Verzeichnis der Begünstigten aufgenommen werden.
- 8.4 Mir/Uns ist bekannt, dass die Angaben des Antrages an die zuständigen Organe des Landes, des Bundes und der EU übermittelt werden können, alle Angaben zum Zwecke einer zügigen Bearbeitung des Antrages sowie zu statistischen Zwecken gespeichert werden können.

9. Ergänzende Unterlagen/Anlagen

Folgende Anlagen sind beigelegt (soweit zutreffend):

- Anlagen zur Rechtsform
- Anlagen zur Vertretungsbefugnis
- Bescheinigung über die Vorsteuerabzugsberechtigung des Finanzamtes
- detaillierte Ausgabenaufstellung / Kostenvoranschläge
- Erläuterungen zu den einzelnen Kostenpositionen und ggf. Bezug zum Projektinhalt
- Folgekostenberechnung
- Nachweis über die Wirtschaftlichkeit und Finanzierbarkeit
- Erklärung über Drittmittelfinanzierungen
- Zustimmungserklärung des Eigentümers bzw. Nachweis über das Nutzungsrecht für die Dauer der Zweckbindung

Bei Förderung von Baumaßnahmen:

- Anlagen zum Bauprojekt (Lageplan, Fotos des Objekts, Bauzeichnungen, detaillierte Baubeschreibung usw.)
- Zustimmungen und Genehmigungen (z.B. Baugenehmigung/Nutzungserklärung)

Bei Förderung von Personalstellen:

- Entwurf des Arbeitsvertrags
- Stellenprofil

Bei Maßnahmen nach Ziffer 2.3 der LEADER-Richtlinie:

- Antrag der einschlägigen Förderrichtlinie

Bei Maßnahmen nach Ziffer 2.4 der LEADER-Richtlinie:

- Unterschriebene Kooperationsvereinbarung

- Anlagen zur Haushaltssituation bei Kommunen Haushaltssicherungskonzept?
- Ja
- Nein, nicht notwendig

Ort, Datum (Name in Druckbuchstaben) Unterschrift der/des Vertretungsberechtigten

Nicht von der Antragstellerin/vom Antragssteller auszufüllen!

=====

Zustimmender Beschluss der LAG vom _____

Ort, Datum (Name in Druckbuchstaben) Unterschrift der/des Vertretungsberechtigten

Folgende Anlagen sind von der LAG beizufügen:

- Zustimmungsbeschluss der LAG über das vorgelegte Projekt
- Sitzungsprotokoll und unterschriebene Teilnehmendenliste der entsprechenden LAG-Sitzung
- Projektbewertungsbogen
- Befangenheitserklärungen

Bescheinigung des Finanzamtes _____
zur Vorlage bei der Bezirksregierung _____

Förderantrag vom _____ (bitte Ablichtung des Antrags dem Finanzamt vorlegen)

Maßnahme: _____

A. Angaben zur Person

Name Vorname, Firma	
Geburtstag, Gründungsdatum	Rechtsform
Wohnort, Firmensitz, Straße, Hausnummer	

B. Angaben zum Vorsteuerabzug

Dem/der Antragsteller/in steht für die im Rahmen der beantragten Fördermaßnahme bezogenen Leistungen

- kein Vorsteuerabzug
 nur ein anteiliger Vorsteuerabzug in Höhe von _____ v.H.

zu.

Begründung:

Der Vorsteuerabzug steht dem/der Antragsteller/in für die nachfolgend beschriebenen Leistungsbezüge
Beschreibung der Leistungsbezüge (ggf. auf gesondertem Blatt)

--

- nicht zu, weil
- der/die Antragsteller/in nicht unternehmerisch tätig ist und durch die geförderte Maßnahme auch nicht unternehmerisch tätig wird.
 - der/die Antragsteller/in zwar unternehmerisch tätig ist, der Vorsteuerabzug aber nach § 15 UStG ausgeschlossen ist.
- nur teilweise zu, weil die Leistungen im Rahmen der beantragten Fördermaßnahme von dem/der Antragsteller/in nur teilweise für eine unternehmerische Tätigkeit bezogen werden.

Diese Bescheinigung dient ausschließlich der Verwendung im Rahmen des oben genannten Förderantrags. Sie entfaltet für etwaige Steuerfestsetzungen keine Bindungswirkung.

Im Auftrag

(Siegel des Finanzamtes)

Nur **gültig** im Original, ohne Streichungen, **mit** Dienstsiegel und Unterschrift oder als beglaubigte Fotokopie